Verordnung**über die Neuregelung der Lebensmittelkartenversorgung in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin.****Vom 9. April 1953**

§ 1

An alle in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin wohnenden Personen, die in Westberlin beschäftigt sind oder dort eine selbständige Existenz haben, und ihre Angehörigen, mit Ausnahme der Kinder unter 15 Jahren, werden keine Lebensmittelkarten ausgegeben.

§ 2

Durchführungsbestimmungen erläßt das Ministerium für Handel und Versorgung.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1953 in Kraft.

Berlin, den 9. April 1953

Die Regierung

der Deutschen Demokratischen Republik

Ministerium für

Der Ministerpräsident Handel und Versorgung

Grotewohl

Wach

Minister

Verordnung**über die Ausgabe von Lebensmittelkarten in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin.****Vom 9. April 1953**

Da die Möglichkeit besteht, Waren frei zu kaufen, hält es der Ministerrat für angebracht, den Kreis der Kartenempfänger einzuschränken.

Es wird deshalb folgendes verordnet:

§ 1

Lebensmittelkarten werden nicht ausgegeben an Personen, die ihren wesentlichsten Lebensunterhalt bestreiten aus ihren Einkommen als

- a) Besitzer, Mitbesitzer, Aktionäre oder Pächter privater Industriebetriebe,
- b) Besitzer, Mitbesitzer oder Pächter von Handwerksbetrieben mit mehr als fünf Beschäftigten,
- c) freiberuflich tätige Rechtsanwälte,
- d) private Großhändler,
- e) freiberuflich tätige Helfer in Steuersachen und Bücherrevisoren,
- f) Haus- und Grundstücksmakler,
- g) Hausbesitzer (das sind solche Hausbesitzer, die überwiegend von Einkünften aus Mietzins leben. Eigenheime sind von dieser Regelung ausgenommen),
- h) Besitzer und Pächter von Kaffees und sonstigen Schanklokalen,
- i) Einzelhändler (Lebensmittelhändler, Fleischer, Bäcker, Gemüse-, Textilien- und Kurzwarenhändler usw.),
- k) Handelsvertreter und Handlungsreisende von privaten Betrieben,
- l) Besitzer von devastierten landwirtschaftlichen Betrieben

sowie deren Angehörige. Kinder unter 15 Jahren dieses Personenkreises fallen nicht unter diese Verordnung.

§ 2

Die Kartenstellen der Räte der Städte und Gemeinden werden beauftragt, den betroffenen Personenkreis namentlich listenmäßig festzulegen.

§ 3

Durchführungsbestimmungen erläßt das Ministerium für Handel und Versorgung.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1953 in Kraft.

Berlin, den 9. April 1953

Die Regierung

der Deutschen Demokratischen Republik

Ministerium für

Der Ministerpräsident Handel und Versorgung

Grotewohl

Wach

Minister

Zweite Durchführungsbestimmung * § *
zur Verordnung über die Berufsausbildung und schulische Förderung der Jugendlichen in den Jugendwerkhöfen.

Vom 7. April 1953

Auf Grund des § 9 der Verordnung vom 31. Juli 1952 über die Berufsausbildung und schulische Förderung der Jugendlichen in den Jugendwerkhöfen (GBl. S. 695) wird zur Durchführung des § 5 der Verordnung im Einvernehmen mit dem Staatsekretariat für Berufsausbildung und den Ministerien für Arbeit und der Finanzen folgendes bestimmt:

A. Jugendliche ohne Lehrverträge

§ 1

Allgemeines

Alle Jugendlichen in den Jugendwerkhöfen der Deutschen Demokratischen Republik mit Ausnahme der Lehrlinge erhalten für ihre Arbeitsleistung in den allgemeinen Werkstätten sowie für die Dauer des Schulunterrichts eine einheitliche Bezahlung.

§ 2

Arbeitsvergütung

(1) Die Jugendlichen sind an den beiden schulfreien Tagen in Höhe der im § 40 des Gesetzes der Arbeit vom 19. April 1950 (GBl. S. 349) vorgesehenen Arbeitszeit in den allgemeinen Werkstätten oder sonstigen Arbeitsplätzen des Jugendwerkhofes zu beschäftigen. Sie erhalten hierfür ohne Unterschied der zu leistenden Arbeit folgende Vergütung:

Grundvergütung	0,45 DM Stundenlohn
70 %ige Arbeitsleistung	
Arbeitsleistung über 80 %	0,50 DM Stundenlohn
„ „ 90 %	0,55 DM Stundenlohn
„ „ 100 %	0,65 DM Stundenlohn
1. Leistungsstufe	0,75 DM Stundenlohn
2. Leistungsstufe	0,80 DM Stundenlohn

(2) Die Grundvergütung ist die mindestens zu zahlende Vergütung und entspricht gleichzeitig einer Arbeitsleistung bis 70 Prozent. Bei höheren Leistungen sind die nächstfolgenden Sätze in Anrechnung zu bringen.

(3) Übersteigt die Anzahl der Leistungsstufenempfänger in den einzelnen Jugendwerkhöfen 10 % der Anzahl

• 1. Durch! (GBl. 1952 S. 736).